

Praxis einer feministischen Öffentlichkeit - zwischen Höhenflug und untauglichem Versuch

Autor(en): **Kaufmann, Claudia**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen**

Band (Jahr): **21 (1995)**

Heft 8

PDF erstellt am: **29.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-361875>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Praxis einer feministischen Öffentlichkeit – zwischen Höhenflug und untauglichem Versuch

VON CLAUDIA KAUFMANN

Am zweiten Kongresstag zog Claudia Kaufmann Bilanz aus ihrer elfjährigen Tätigkeit im öffentlichen Dienst. Als ehemalige Leiterin des eidgenössischen Gleichstellungsbüros und jetzige stellvertretende EDI-Generalsekretärin war sie von den Organisatorinnen eingeladen worden, die praktische Seite feministischer Öffentlichkeit darzustellen. Lest das Referat einer Frau, die sich mit der Bundesverwaltung gewiss nicht das einfachste Forum ausgesucht hat, um feministische Öffentlichkeit herzustellen.

Mein Ausgangspunkt für dieses Referat: Erfolge und Misserfolge überschneiden sich. Schwere Rückschläge können nicht verhindert werden – auch dort, wo wir einen gewissen Markstein gesetzt zu haben glauben. Trotzdem bleibt bei unseren Bemühungen, feministische Öffentlichkeit herzustellen, immer etwas in den Maschen hängen – oft gar mit nachhaltiger Wirkung. Ich habe für heute die Berichterstattung in den Schweizer Medien über die Weltfrauenkonferenzen von Nairobi (vor zehn Jahren) und Peking miteinander verglichen. Die Berichterstattung über Peking zeigt, dass die zehn Jahre zwischen den beiden Frauenkonferenzen an der Öffentlichkeit nicht spurlos vorbeigegangen sind. Zum einen auf der quantitativen Ebene: Die Nairobi-Berichterstattung war sehr punktuell, sehr traditionell und stark an die Highlights der offiziellen Konferenz-Agenda gebunden. Über Peking jedoch

konnten wir in den Printmedien, aber auch in Radio und Fernsehen, tagtäglich umfangreiche Beiträge zur Kenntnis nehmen. Zum anderen stelle ich auch einen qualitativen Unterschied fest: Anlässlich der Peking-Konferenz starteten Zeitungen und Radio eigene Serien und Hintergrundberichte. Sie brachten die Fragestellungen von Peking in Zusammenhang mit der schweizerischen Gesellschaftspolitik. Es wurde die Frage erhoben, wie Medien mit einer solchen Konferenz umgehen – nicht immer so, wie wir es uns gewünscht hätten, aber immerhin fand ein selbstkritischer Umgang statt, wie wir ihn bei Nairobi noch nicht erlebt hatten.

Ein zweites positives Beispiel zeigt der von der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen herausgegebene Pressespiegel auf. Er erfasst, was die Schweizer Medien zu frauenrelevanten Themen publizieren. Beim Betrachten früherer Pressespiegel fällt auf, dass diese anfänglich einen geringen Umfang aufwiesen. Es fällt auch auf, dass qualitativ keine Ansprüche gestellt wurden. Es konnte noch nicht definiert werden, was eigentlich frauenrelevant hiesse. Das hat sich geändert. Die Medienberichterstattung über frauenspezifische Themen hat quantitativ

zugenommen, und die Kommission realisierte dann auch, dass sie inhaltlich eine Auswahl treffen musste. Die Presseschau wurde immer umfangreicher, bis schliesslich die Frauenkommission bei der Priorisierung ihrer Arbeit das Gefühl hatte, jetzt auf die Herausgabe verzichten zu können. Zumal – und dies ist ebenfalls ein Hinweis auf feministische Öffentlichkeit – es jetzt auch in der Schweiz diverse frauenspezifische und feministische Pressespiegel gibt.

Das dritte Beispiel gehört zu den sexistischsten und – in seiner politischen Wirkung – gravierendsten der jüngeren Schweizer Geschichte: Ich spreche von der Medienberichterstattung und ihrem politischen Nachvollzug, die zur Nichtwahl von Christiane Brunner als Bundesrätin führten. Ausmass und Form, wie hier in der Öffentlichkeit Sexismus mit sozialrassistischer Diskriminierung gepaart wurde, sind für unser Land einmalig. Sie hatten aber auch Auswirkungen auf die kürzlich erfolgten Bundesratswahlen: Kein Medium wagte es, sich den familiären Verhältnissen des neuen Bundesrates zu nähern. Angeblich, weil sich die Parteien nach der Nichtwahl von Christiane Brunner darauf einigten, selbst für die privaten Verhältnisse ihrer KandidatInnen geradzustehen und KandidatInnen anderer Parteien nicht privat anzugreifen – ein Nichtangriffspakt also. Eine an sich gute Sache. Nur bin ich davon überzeugt, dass sich in zwei bis drei Jahren niemand mehr daran halten wird. Namentlich dann nicht, wenn Frauen als

Claudia Kaufmann
analysierte in ihrem Referat
die Berichterstattung
von Schweizer Zeitungen.



Foto: Mike Baecke



Kandidatinnen portiert werden, und schon gar nicht, wenn es sich dabei um Feministinnen handeln sollte.

Als viertes Beispiel habe ich mir die Berichterstattung zum Frauenstreik angesehen. Aufgefallen ist mir, dass schon im Vorfeld des Frauenstreiks – als sein Erfolg noch keineswegs feststand – erstaunlich positiv berichtet wurde, und zwar nicht ausschliesslich von Journalistinnen.

Journalisten einbinden?

Das fünfte Beispiel ist eine Art Bilanzierung meiner Erfahrungen als Leiterin des Gleichstellungsbüros während fünf Jahren. Diese Erfahrungen sind erstaunlich positiv. Wir mussten kaum Angriffe erleben, die nicht mehr Auseinandersetzung mit unseren Inhalten waren, sondern auf das Gleichstellungsbüro selbst zielten. Das Interesse der Medien an unserer Arbeit war gross –

was wahrscheinlich auch damit zu tun hatte, dass wir eine neue Bundesstelle aufbauten. Auffallend war der Konflikt, der sich für feministische Journalistinnen ergab. Sie wussten: Wenn ich's nicht mache, macht's niemand. Also machten

sie's, liefen aber Gefahr, innerhalb ihrer Medien disqualifiziert zu werden, weil sie einmal mehr «nur» Frauenthemen behandelten. Wir müssen uns fragen, wie wir auf diesen Konflikt reagieren: Arbeiten wir weiterhin mit unserem Netz von Journalistinnen und Eingeweihten zusammen? Oder müssten wir nicht auch Strategien entwickeln, Journalisten soweit einzubinden, dass sie Verantwortung übernehmen und sich mit unseren Fragestellungen intensiv auseinandersetzen?

Das sechste Beispiel ist die Sprache selbst. Im Vergleich zu Deutschland und Österreich sind wir ja im Kampf um die Vermeidung einer sexistischen Sprache in der Deutschschweiz relativ erfolgreich. In der Bundesverwaltung existiert – zumindest für das Deutsche – die Verpflichtung, eine nichtsexistische



Sprache zu verwenden, auch bei Gesetzestexten. Sie erscheint uns selbstverständlich. Über eines bin ich mir aber sicher: Wenn es am Tag X von parlamentarischer Seite her gelingt, dieses Gebot aufzuheben – und daran wird immer wieder kräftig gearbeitet –, wird sofort wieder ausschliesslich männlich geschrieben und gesprochen. Weil die Überzeugung, etwas tun zu müssen, mit der Erfahrung und der Praxis noch kaum gewachsen ist.

Was Frauenpolitik bedeutet

Das nächste Beispiel ist die fehlende feministische Öffentlichkeit bei der kürzlich erfolgten Ersatzwahl in den Bundesrat. Dieses Negativbeispiel bedarf meines Erachtens einer vertieften Analyse. Frauen selbst trugen wesentlich zum Gefühl bei, das wir alle plötzlich hatten: Eine Bundesrätin haben zu müssen sei eine Qual und eigentlich für niemanden zumutbar; und wenn eine Partei schon einmal in den sauren Apfel habe beissen müssen, genüge dies bei weitem. Die Quotendiskussion hat – wie noch selten in der Schweiz – eine qualitativ schlechte Konnotation erhalten. Es ging zwar nicht ausdrücklich um Quoten. Aber es wurde der Eindruck vermittelt, Quoten seien eine Zumutung und nur dann in Kauf zu nehmen, wenn politisch nicht zu umgehen. Ich bin der

Meinung, dass dies sogar nachträglich die frauenfreundlichen Reaktionen auf die Nichtwahl von Christiane Brunner relativiert. Symptomatischerweise wurden die beiden Kandidaten dann auch in keinem Interview nach ihren gleichstellungspolitischen Konzeptionen befragt. «Frauenpolitik» bedeutet anscheinend ausschliesslich, über quantitative Frauenanteile auf Listen und in Gremien zu sprechen und zu schreiben. Feministische Politik und Gleichstellungspolitik ist aber primär inhaltliche Politik. Wir können erst dann von feministischer Öffentlichkeit sprechen, wenn wir mitbestimmen, welche politischen Inhalte wir zum Thema machen wollen – und dies können wir in der Schweiz des Jahres 1995 noch nicht.

Auch bei den National- und Ständeratswahlen in diesem Herbst hat das Thema Frauenpolitik/feministische Politik inhaltlich nicht gegriffen. Wir konnten zwar im Vorfeld lesen, dass die sogenannte Frauenfrage Wahlthema Nummer eins sei. Die Absicht dieses «Wahlbarometers» habe ich nie verstanden. Sollten da etwa die WählerInnen beruhigt werden, sie müssten gar keine Frauen wählen, weil ja alles in bester Ordnung sei? In den meisten Debatten waren soziale Sicherheit und Wirtschaftspolitik, die Budgetsituation und die Europapolitik Schwerpunkte; die frauenspezifischen Fragen, die sich innerhalb dieser Themen geradezu aufdrängen und die wir immer wieder einbringen wollten, waren vom Tisch – sowohl in den Medien als auch bei den Parteien.

Öffentlichkeit rüberbringen!

Nach diesen Beispielen komme ich zu meinen Thesen:

1. Selbstverständlich ist der Anspruch, unsere feministische Öffentlichkeit alleine zu definieren, grundsätzlich richtig. Wir müssen nicht darauf schielen, was Männer uns erlauben oder verbieten wollen, unter öffentlich zu verstehen. In diesem Anspruch schlummert aber auch die Gefahr, unsere feministische Öffentlichkeit nicht rüberbringen zu können. Bei der Definition unserer feministischen Öffentlichkeit müssen wir vermehrt auch nach aussen sichtbar machen, was für uns diese feministische Öffentlichkeit bedeutet. Was unsere Projekte und Aktionen, unsere Verbandsarbeit bedeuten. In Form einer ersten These stelle ich also den Anspruch an uns selbst, unsere Arbeit nach aussen öffentlicher zu machen und diese Öffentlichkeit auch zu beanspruchen.

2. Solange weiterhin eine Trennung zwischen der von Männern definierten und beanspruchten Öffentlichkeit und den Frauen zugewiesenen Bereichen konstruiert wird und solange diese Trennung relevant ist für die Verteilung von Erwerbsarbeit, Macht, Vermögen und anderen Ressourcen, haben wir ein Interesse, uns einzumischen – auch in männlich geprägte Öffentlichkeit. Wir müssen versuchen, die von Männern besetzten Felder zu übernehmen.

3. Es muss uns gelingen, die feministische Arbeit in den Frauenräumen nach aussen, in die männlich dominierte Öffentlichkeit, zu bringen. Meines Erachtens hat sich die Ofra in letzter Zeit zuwenig um den Bereich der Öffentlichkeit gekümmert und sich zu sehr auf die eigene inhaltliche Arbeit konzentriert. Diese Arbeit muss erfolgen, und sie muss die Tätigkeit bestimmen, sonst gibt es auch nichts in die Öffentlichkeit zu übertragen – soviel ist klar. Aber die Bedeutung, die eine Organisation wie die Ofra beansprucht, erlangt sie erst, wenn sie sich in der öffentlichen Diskussion Aufmerksamkeit verschafft. Natürlich weiss ich um die Wechselwirkung zwischen Erfolg, Zulauf und öffentlicher Aufmerksamkeit einer Organisation. Wir brauchen eine Doppelstrategie, die

sich auf diese Wechselwirkung einlässt: Zuerst muss die interne Arbeit innerhalb der Frauenräume und Organisationen erfolgen, die bestimmen wir ganz alleine. Dann müssen wir aber den Versuch wagen, diese Arbeit nach aussen transparenter zu machen, uns vermehrt einzumischen.

4. Grössere Öffentlichkeit zu frauenspezifischen Themen und feministischen Inhalten beinhaltet auch die Gefahr der Vereinnahmung. Bei einem angeblichen Erfolg haben wir uns stets zu fragen, ob das jetzt eine echte Vermittlung feministischer Öffentlichkeit sei oder eine falsche Form der Thematisierung, ein Missbrauch. Mittel und Zweck sind zwei unterschiedliche Dinge und müssen auch separat diskutiert werden; nicht jede unheilige Allianz ist von vornherein auszuschlagen. Wir müssen aber wissen, wann und wo welche Form der

Öffentlichkeit hergestellt wird und wie wir sie zu interpretieren haben, wo wir die Federführung zu beanspruchen haben.

Patriarchale Öffentlichkeit beobachten

5. Feministische Öffentlichkeit herzustellen bedeutet für mich Selbstbestimmung unserer Themen und unserer Aktionen. Wir müssen aber auch die patriarchale Öffentlichkeit wahrnehmen, diese kritisch beobachten, Reaktionsmöglichkeiten testen und versuchen, eine Gegenöffentlichkeit herzustellen – in vollem Bewusstsein, dass dies ein scheinbarer Gegensatz zum Anspruch der Frauenbewegung ist, keine Gegenöffentlichkeit, sondern feministische Öffentlichkeit herzustellen. Nur wenn wir die patriarchale Öffentlichkeit miteinbeziehen, kommen wir je zum Punkt, nicht nur Gegenöffentlichkeit, sondern eigene, feministische Öffentlichkeit herzustellen.

Und was diese eigene feministische Öffentlichkeit sein kann, möchte ich abschliessend mit dem Zitat einer Gruppe deutscher Frauen definieren, die 1992 die «Femina publica» herausgegeben hat: «Feministische Öffentlichkeit ist ein politisches Prinzip, das zur Überwindung der Selbstlosigkeit der Frau beiträgt und den Prozess der Selbstfindung von Frauen unterstützt.» ●

CLAUDIA KAUFMANN, 39jährig, ist Juristin und stellvertretende Generalsekretärin des Eidgenössischen Departementes des Inneren (EDI). Von 1989 bis 1993 leitete sie das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann.

